

## ■ Gedenken an Opfer von Hiroshima

# Gewolltes Vergessen

Von Arnold Schölzel

Hiroshimas Bürgermeister Kazumi Matsui hatte den Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Thomas Bach in einem offenen Brief gebeten, die Teilnehmer der Olympischen Spiele am 6. August um 8.15 Uhr eine Schweigeminute einlegen zu lassen. Zu dieser Zeit explodierte vor 76 Jahren die US-Atombombe. Allein bis Ende 1945 starben in der Stadt 140.000 Menschen. In jedem Jahr wird an der Friedensglocke Hiroshimas daran erinnert, im ganzen Land wird innegehalten, weltweit gibt es Gedenkveranstaltungen.

Das IOC lehnte ab und teilte mit, für solche »Belange« werde in der Schlussfeier am Sonntag ein allgemeiner Moment für Verstorbene eingelegt. Bach antwortete Bürgermeister Matsui mit einem Brief, in dem er den 6. August nicht erwähnte. Japanische Zeitungen schrieben von »Betrug«, weil der Deutsche Hiroshima ausgerechnet am 16. Juli besucht hatte – dem Tag, an dem die USA 1945 die erste Atombombe getestet hatten. Bach wollte aber den Friedensnobelpreis.

Die Ereignisse sprechen jedenfalls für sich: Gedanken an die beiden Atombombenabwürfe der USA auf Hiroshima und Nagasaki passt nur als rituelle Formalität ins IOC-Konzept. Das fällt nicht weiter auf, es entspricht der veröffentlichten Meinung in den meisten Ländern. Das Vergessen ist gewollt, erst recht hierzulande und in anderen NATO-Staaten: Vor fünf Jahren beschloss der Kriegspakt in Warschau, zur Politik der atomaren Abschreckung

im Kalten Krieg zurückzukehren, nun gegenüber Russland, und neuartige Atomwaffen zu entwickeln, die einen Atomkrieg wieder »führbar« machen sollen. Das wird seither als Modernisierung des bestehenden Arsenals verharmlost.

Alles Kritische wurde zu den Akten gelegt, etwa das Bekenntnis des Bundestages von 2010 zu einer atomwaffenfreien Welt. Es war mit der Forderung nach einem Abzug der US-Atomwaffen aus der Bundesrepublik verbunden. Das 2017 von der UN-Vollversammlung beschlossene und in diesem Jahr in Kraft getretene Atomwaffenverbot wird sogar abgelehnt. Außenminister Heiko Maas wandte sich bereits im Juli gegen den Abzug von US-Atombomben: »Es geht dabei nicht nur um unseren eigenen Schutz, wir übernehmen auch Sicherheitsgarantien insbesondere für osteuropäische Staaten.« Aus »Lieber tot als rot« ist beim SPD-Mann »Atomkrieg für regierende Russophobe in Osteuropa« geworden. Maas und ihm ähnliche Kreaturen in Osteuropa lieben wie einst im Film Dr. Seltens die Bombe.

Diese und andere Unsäglichkeiten begleiten die Ende Juli gestarteten Gespräche über »strategische Stabilität« zwischen Russland und den USA. Grundlage ist die gemeinsame Aussage Wladimir Putins und Joseph Bidens, ein Atomkrieg könne nicht gewonnen werden. NATO und Bundesregierung verhalten sich aber, als sei das Gegenteil der Fall. Solange das so bleibt, fallen Thomas Bach und das IOC beim Brückieren ihrer Gastgeber kaum auf.

## ■ Klassenopfer des Tages

# Hartz-IV-Bezieher



für das Essen auf seiner Arbeitsstelle würden ihm zu Unrecht von seinem anzurechnenden Nettoeinkommen abgezogen, berichtete *Zeit online* am Freitag. Er nehme die kostenlose Verpflegung gar nicht in Anspruch, sondern esse lieber mit seiner Familie. Seine Tochter sei behindert, er wolle soviel Zeit wie möglich mit ihr verbringen. Das könne schon sein, ließen die Beamten wissen. Mit den Worten, es sei aber »unbeachtlich« ob der Mensch esse oder nicht, bestätigte das Bundessozialgericht in Kassel das Urteil des Berliner Landgerichts.

Zu verdanken haben wir das Armutregime Peter Hartz. Der ehemalige VW-Manager, der sich gerne auf Firmenkosten Prostituierte aufs Zimmer bestellte, wird am Montag 80 Jahre alt. Die nach ihm benannte Zerstörung des Sozialstaats hält er »für eine der besten Reformen«, wie er gegenüber *dpa* protzte. »Der Erfolg ist doch sehr nachweisbar.« Er setze große Hoffnung in die kommende Regierung, die könne die Repressionsgesetze »ja sehr gut fortschreiben«. Hartz und seiner Klasse sollte man die Leistungen in Rechnung stellen. Die Quittung kommt zum Schluss.

Simon Zeise

# »Atomwaffenmächte rüsten auf und modernisieren«

76 Jahre Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis: Friedensbewegte und Atomkraftgegner mobilisieren. Ein Gespräch mit Angelika Claußen

Die atomare Vernichtung Hiroshimas durch das US-Militär jährte sich am Freitag zum 76. Mal, an diesem Montag der Atombombenabwurf der USA auf Nagasaki. Für Sonntag ruft ein Bündnis aus deutschen und niederländischen Antiatomkraft- und Friedensinitiativen zu Fahrradsternfahrten und zur Kundgebung an der Urananreicherungsanlage Gronau auf. Haben diese Angriffe noch genügend machende Wirkung?

Die haben sie. Weltweit protestieren Friedensbewegte gegen die wachsende Atomkriegsgefahr. Wir, die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, und die von uns mitgegründete Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, ICAN, kämpfen seit etwa zehn Jahren dafür, willige Staaten zu finden, um unser Ziel in der UNO vorzubringen und mit dieser Gefahrenlage endlich Schluss zu machen.

Welche Erfolge konnten Sie verzeichnen?

Die japanische Antiatomwaffenbewegung ist aktiv im internationalen Netzwerk. Setsuko Thurlow, japanisch-kanadische Überlebende des Atombombenabwurfs von Hiroshima am 6. August 1945, reist herum, berichtet in Schulklassen. Sie hat 2017 zusammen mit der ICAN-Direktorin Beatrice Fihn den Friedensnobelpreis für ICAN entgegengenommen. Hiroshimas Bürgermeister Matsui Kazumi gründete die »Mayors for Peace«, Bürgermeister für den Frieden, mit. Dem Netzwerk gehören mehr als 8.000 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern weltweit an; in der BRD haben sich mehr als 120 dem ICAN-Städteappell zur nuklearen Abrüstung



Angelika Claußen ist Europavorsitzende der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges

angeschlossen. Sie fordern die Bundesregierung auf, für den Atomwaffenverbotsvertrag einzutreten. Auch die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Berlin, Bremen und Hamburg haben sich angeschlossen.

Wie ist der Stand der globalen atomaren Aufrüstung?

Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea verfügen über nukleare Waffen. Die Atomwaffenmächte rüsten auf und »modernisieren«, um Herrschaftsverhältnisse zu sichern. Mehr als 90 Prozent aller Atomsprenghäupter besitzen die Supermächte USA und Russland, weltweit sind es etwa 13.000. Die Einsatzmöglichkeiten sind schneller geworden. Warnzeiten beim Angriff geringer. Wissenschaftler warnen: Jederzeit könne es einen Atomkrieg aus Versehen geben. Ex-US-Präsident Donald Trump kündigte alle Verträge zur Sicherheit und Abrüstung auf. Nun will man offenbar die Kontrolle zurück. Es gibt Gespräche zwischen Nachfolger Joseph Biden und seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin.

Die erste Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags in Wien ist für Januar 2022 geplant. Was erwarten Sie davon?

Das Bündnis ICAN hat mit mehr als 500 Nichtregierungsorganisationen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene lange darauf gedrängt. Mit dem österreichischen Botschafter Alexander Kment, der den Vorsitz hat, engagiert sich ein wichtiger Partner mit uns gemeinsam für die Abrüstung der Atomwaffen.

Und welche Rolle spielt die Bundesrepublik dabei?

In Bûchel in der Eifel lagern etwa 20 US-Atomwaffen, jeweils mit einer 26fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Sie werden durch zielgenauere Lenkwarfen ersetzt, womit die Hemmschwelle für einen Einsatz sinkt. Die Kosten für diese Aufrüstung kalkulieren die USA bis 2025 auf vier Milliarden US-Dollar; auch ein Grund, um von Deutschland höhere Militärausgaben zu verlangen. Wie auch die Friedensbewegten in den Niederlanden, Belgien und Italien wirken wir auf den Abzug der Nuklearwaffen auf den europäischen NATO-Stützpunkten hin. Es gilt, den Klimawandel zu stoppen, ohne die Welt zusätzlich durch einen Atomkrieg zu gefährden.

Wie kann die Friedensbewegung den Schulterschluss mit jungen Bewegungen wie »Fridays for Future« und »Ende Gelände« schaffen?

Bei den Ostermärschen beteiligten sich junge Aktivistinnen und Aktivisten; insgesamt aber denken wir als Bewegungen noch zu sehr in jeweils »eigenen« Kategorien. Bei der Demo an diesem Sonntag fordern wir: »Kein atomares Werrüsten – militärische und zivile Urananreicherung sofort beenden!«

Interview: Gitta Düperthal

## ■ Abgeschrieben

Teilnehmerinnen und Teilnehmer der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin 1951 veröffentlichten am Donnerstag einen Appell zur Einstellung der Beobachtung der jungen Welt durch den Verfassungsschutz:

Wir Junggebliebenen waren vor 70 Jahren – im August 1951 – zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin Teilnehmer der Pionierrepublik »Ernst Thälmann«. Heute treffen wir uns hier an historischer Stelle. Damals hat die *Junge Welt* über das Leben und die Arbeit in dieser Pionierrepublik umfassend berichtet. Heute müssen wir feststellen, dass der Verfassungsschutz unsere Zeitung wiederholt als verfassungsfeindlich darstellt und damit das Ziel verfolgt, unsere Zeitung mundtot zu machen. An historischer Stelle in der Berliner Wuhlheide fordern wir: Stellen Sie endlich Ihre Überwachungsmaßnahmen gegen die *junge Welt* ein!

Mit der *jungen Welt* lesen wir eine linke, unabhängige Tageszeitung, die uns über alle wichtigen nationalen und internationalen Ereignisse voll umfänglich und wahrhaftig informiert und ständig aktuelle Beiträge zu Wissenschaft, Technik und Kunst

veröffentlicht. Der *jungen Welt* wird ein marxistisches Selbstverständnis vorgeworfen. Darf eine Zeitung mit einem derartig breiten Spektrum solch ein »Verständnis« in der heutigen Bundesrepublik nicht mehr haben? Hat der Verfassungsschutz oder seine beauftragende Behörde Angst, dass in der *jungen Welt* auf Tatsachen und Begebenheiten aufmerksam gemacht wird, die den Regierenden missfallen? Unsere Eltern haben uns als Zeitzeugen deutlich gemacht, dass auch mit der Ausschaltung von kommunistischen, sozialistischen und anderen fortschrittlichen Kräften der Weg zu einer faschistischen Diktatur in Deutschland freigemacht und dadurch letztlich der verheerende Zweite Weltkrieg herbeigeführt wurde.

Vom Verfassungsschutz fordern wir: Stellen Sie die Überwachung der *jW* und der LPG *junge Welt eG* sofort ein und handeln Sie so, wie es die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht vor einiger Zeit feststellte: »Ohne freie Presse gibt es keine Demokratie.« Nutzen Sie die frei werdenden Kapazitäten, um noch effektiver Pläne und Absichten nationalistischer und rechtsextremistischer Kräfte aufzuklären. Diese bilden tatsächlich eine

potentielle Gefahr für ein friedliches Leben unseres Volkes – nicht das marxistische Selbstverständnis einer linken, unabhängigen Zeitung.

Die Berliner Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« startet in den Wahlkampf und teilt dazu am Freitag mit:

Am Wochenende werden Hunderte Freiwillige 10.000 Plakate in allen Berliner Bezirken aufhängen. Bis zum Volksentscheid am 26. September muss die Initiative eine Million Berliner:innen davon überzeugen, mit »Ja« und damit für die Enteignung von Immobilienkonzernen zu stimmen.

»Wir sind davon überzeugt, dass der Volksentscheid erfolgreich sein wird. Viele Berliner:innen sind bereits davon überzeugt, dass die Vergesellschaftung von Wohnraum ein notwendiger Schritt ist, um den unerträglichen Zustand auf dem Wohnungsmarkt zu verändern. Im September für die Enteignung profitorientierter Wohnungskonzerne zu stimmen, ist deshalb für viele Berliner:innen Notwehr und eine der letzten Möglichkeiten, aktiv etwas gegen den Mietenwahnsinn zu unternehmen«, so Rouzbeh Taheri, Sprecher der Initiative. (...)